Ulrich Wockelmann
58638 Iserlohn
Weststraße 10

Bundestag
Petitionsausschuss
11011 Berlin
Platz der Republik 1
Fernruf (030) 227-35797
Telefax (030) 227-36911

(1 S.)

28.01.2012

Betr.: Pet 4-17-11-81503-020279
Rückfrage zum Stand des Verfahrens
i.V. mit der Auskunft nach IFG, UIG, etc. der Stellungnahme des
Jobcenters Märkischer Kreis

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Medienberichten, Veröffentlichungen der BA, des Bundesrechnungshofes, diverser Sozialverbände und zuletzt nach der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung (Drucksache 17/8083) ist ersichtlich, dass offenbar endlich Bewegung in die Thematik rechtsmissbräuchlicher Arbeitsgelegenheiten und der Entschädigung der Opfer gekommen ist.

Dies nehme ich zu Anlass, um Sie um einen aktuellen Zwischenbericht zum laufenden Petitionsverfahren zu bitten.

Hinsichtlich meiner an Sie formulierten Anträge nach Auskunftseinholung, bzw. Stellungnahme des Jobcenter Märkischer Kreis bitte ich um die Übersendung aller Schriftwechsel auf der Grundlage des IFG u.ä..

Außerdem erlaube ich mir Sie darauf hinzuweisen, dass der Petent seit mehr als dreizehn Monaten auf die Rückerstattung seiner Leistungen wartet. Die Rechtswidrigkeit der mit Sanktion belegten Arbeitsgelegenheit wurde aufgrund der Projektbeschreibung auch von der Bundesagentur bestätigt.

Die Klage hätte von Rechts wegen erledigt sein können, wenn das Jobcenter Märkischer Kreis, vertreten durch den Geschäftsführer Volker Riecke, den Sanktionsbescheid aufgehoben hätte.

Dieses konkrete Fallbeispiel von rechtswidrigen Kürzungen unter das soziokulturelle Existenzminimum, mag Ihnen als praktisches Anschauungsbeispiel dienlich sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Wockelmann